

FLÜCHTLINGE

Wohnung statt Container

Wo immer neue Asylbewerberheime entstehen, keimt der Protest der Anwohner. In Leverkusen bewährt sich ein Alternativmodell.

Der „Palast“ der Familie Asif ist 60 Quadratmeter groß, drei Zimmer, Einbauküche, Laminatfußboden. Er steht weitgehend leer, denn die Asifs sind Asylbewerber aus Pakistan, und Möbelstücke haben sie bislang nur wenige. Trotzdem, sagen sie, sei dies gerade der „schönste Ort der Welt“. Nadeem Asif, 36, Informatiker, ist, so erzählt er, vor eineinhalb Jahren vor dem Chaos und dem Terror der Taliban aus Lahore nach Deutschland geflohen. Gemeinsam mit seiner Frau Asma und den zwei kleinen Söhnen Abdullah und Sami lebte er in einem Flüchtlingsheim in Leverkusen – bis die Familie vor fünf Monaten in eine Wohnung im Stadtteil Opladen ziehen konnte. Die Kinder werden jetzt nicht mehr vom Lärm anderer Menschen geweckt, sie haben ein eigenes Zimmer, die Toilette ist sauber. Die Asifs nennen ihr neues Zuhause einen Palast: „Unser Leben hat sich radikal zum Besseren verändert“, sagt die Mutter.

Die Flüchtlingsfamilie aus Pakistan profitiert von einem Modellprojekt der Stadt Leverkusen. In der Regel werden Asylbewerber hierzulande am Stadtrand oder auf dem Land in „Gemeinschaftsunterkünften“ einquartiert – wie es das Gesetz vorseht. Die Behörden glauben, sie so besser kontrollieren und Abschiebungen schneller durchführen zu können. In Leverkusen hingegen dürfen Asylbewerber oder Menschen mit einer Duldung bereits nach wenigen Monaten in eigene Wohnungen ziehen.

Aber taugt das Leverkusener Modell für den Umgang mit Asylbewerbern bundesweit? Die Frage stellt sich in diesen Tagen, da sich die Blicke der Öffentlichkeit auf eine zum Flüchtlingsheim umfunktionierte Schule im Berliner Stadtteil Hellersdorf richten. Kaum waren die ersten Menschen aus Syrien, Afghanistan oder dem Balkan am Montag der vergangenen Woche in die neue Unterkunft gezogen, brandete in der

Nachbarschaft Protest auf. Rasch fanden sich auch Agitatoren von NPD und „Pro Deutschland“ vor Ort ein, um politisches Kapital aus den Ressentiments der Anwohner zu schlagen. Zeitweise musste die Polizei das Gelände sichern, einige der Asylbewerber flohen schon nach Stunden aus dem Plattenbau.

Seitdem steht Hellersdorf für ein generelles Problem der deutschen Asylpolitik, die Flüchtlinge fast immer in leerstehenden Gebäuden oder neuerdings in Containern zusammenpfercht – und damit Ghettos schafft. Beinahe zwangsläufig keimt an solchen Orten der Protest.

In Wolgast, Mecklenburg-Vorpommern, beschmierten Rassisten eine Flüchtlingsunterkunft mit rechtsextremen Parolen, die NPD kündigte einen Fackelzug an, Kinder wurden mit dem Lied „Zick, zack, Kanakenpack, hau Türken auf den Sack“ geschmäht. In Butzbach, einer Kleinstadt in Hessen, formierte sich eine Bürger-

initiative gegen die Einquartierung von Flüchtlingen in einer Turnhalle. In Mainz sammelt die rechtspopulistische „Pro“-Bewegung Unterschriften gegen ein neues Asylbewerberheim.

Experten glauben, dass die individuelle Unterbringung von Asylbewerbern Rassismus zwar nicht verhindern, aber die schlimmsten Auswüchse vermeiden könne. Nach den jüngsten Vorfällen in Berlin mahnte denn auch der Paritätische Wohlfahrtsverband die Behörden, den Flüchtlingen künftig Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Grüne, Linke und Piraten sehen das ähnlich. „Wir fordern seit Jahren, Flüchtlinge dezentral in städtischen Wohnungen einzuquartieren – sie haben ein Recht auf menschenwürdige Unterbringung“, sagt Hakan Taş, der flüchtlingspolitische Sprecher der Berliner Linksfraktion.

Leverkusen probt das Modell der dezentralen Unterbringung seit elf Jahren.

Seinerzeit waren die bestehenden Heime marode, eine neue Massenunterkunft scheiterte unter anderem am Protest der Anwohner. Also beschloss die Stadt, zumindest einzelne Familien in Privaträume zu verlegen. Inzwischen leben in Leverkusen 200 Flüchtlinge in Wohnungen. Die Stadt übernimmt die Miete, die netto bei maximal 256 Euro pro Person liegen darf. Caritas und Flüchtlingsrat helfen bei der Wohnungssuche.

Nach Berechnungen von Leverkusens Sozialdezernent Frank Stein, der das Projekt angeschoben hat, schont diese Variante sogar den Haushalt. Da Kosten für das Personal und die Sanierung der Sammelunterkünfte weggefallen seien, habe die Kommune über die Jahre insgesamt eine Million Euro gespart.

Die Flüchtlinge nehmen das Projekt weitgehend positiv auf. Zwar sind manche zunächst überfordert, wenn sie plötzlich auf sich allein gestellt sind. Zudem sei es vor allem in Städten mit ohnehin knappem Wohnraum schwierig, so Sozialdezernent Stein, günstig zu mieten. In den vergangenen elf Jahren ist jedoch kein einziger Flüchtling ins Heim zurückgekehrt.

Auch Nadeem Asif verschwendet daran keinen Gedanken. Stolz führt er durch seine Wohnung. Seine Söhne, sechs und neun Jahre alt, spielen im Flur. Seit sie außerhalb des Heims wohnen, haben sie auch Kontakt zu Nachbarskindern – und sprechen schon viel besser Deutsch.

Neulich war die Familie bei Nachbarn zum Abendessen eingeladen. Nadeem Asif sagt, er fühle sich jetzt in Deutschland willkommen.

MAXIMILIAN POPP, SVEN RÖBEL



Familie Asif in Leverkusen, Proteste in Berlin-Hellersdorf
„Ein Recht auf menschenwürdige Unterbringung“

BJÖRN KIEZMANN